

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	9. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	03./04.03.2015, 09:00 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Auszug aus dem Protokoll

(...)

Antrag Nr. 197 (S. 91): Sachkostenausgleich für städtische Dienststellen (CDU) **Antrag Nr. 198 (S. 91): Globale Minderausgabe (GRÜNE)**

Es geht um Forderungen, die dazu dienen sollen, den Haushalt besserzustellen. Ich möchte zu beiden Forderungen auf die jeweiligen Stellungnahmen der Verwaltung hinweisen und Sie bitten, diese Forderungen so nicht anzunehmen. Wir müssen aus meiner Sicht mit anderen Instrumenten arbeiten als mit pauschalen Gesamtkürzungen, die dazu führen, dass wir während des gesamten Jahres immer wieder über bestimmte Kosten eine zusätzliche Genehmigungsrunde in die Haushaltsabwicklung einplanen. Ich habe so etwas schon in allen Varianten erlebt, das ist eigentlich eine ziemlich ätzende Beschäftigung der Verwaltung mit sich selbst. Der Aufwand, der getrieben werden muss, steht aus meiner Sicht in keinem Verhältnis zum Ergebnis. Wir bieten Ihnen an, dann mit der Strukturkommission für massive Kürzungen die gemeinsame politische Verantwortung zu übernehmen. Hierzu brauchen wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, hierzu brauchen wir aber auch eine Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterschaft, die sich nicht jeden Tag durch gewisse Vorgaben eingeschränkt und gegängelt fühlt, und von daher kann ich Ihnen nur empfehlen, diese Instrumente, die irgendwann vielleicht einmal nötig sind, wenn wir gar nicht mehr weiter wissen, aufzusparen. Für den jetzigen Zeitpunkt halte ich es auch in Anbetracht der Gesamtsumme, um die es am Ende geht, für sinnvoller, dass wir andere Strategien und Instrumente anwenden.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU): Ich möchte es relativ kurz machen.

Sie haben uns die Liste geschickt, mit der gezeigt wird, um welche pauschalen Erhöhungen es geht. Wir sind nach wie vor der Meinung – gerade, was Sie eben gesagt haben –, dass wir es nicht gut finden, jetzt eine Erhöhung zu beschließen, um sie nachher im Rahmen der Strukturkommission ganz oder teilweise wieder einzusammeln. Wir bleiben dabei, dass diese Pauschale – Erhöhung der Sachkosten um 2 % - gestrichen wird.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Wir Grünen sind ja bekanntlich nicht die großen Freunde einer globalen Minderausgabe, und wir denken tatsächlich auch, das kann nur ein Instrument sein, das man in absoluten Ausnahmefällen zum Einsatz bringt. Wir haben sie

auch schon oft genug abgelehnt. Das haben wir auch nicht vergessen. Ich will aber begründen, warum wir doch meinen, zu diesem Instrument greifen zu müssen. Es ist so, wenn man sich den Haushalt anschaut, dass wir hier mehr oder weniger durchgängig eine enorme Steigerung von 10 bis 15 % bei den laufenden Ausgaben haben, und gleichzeitig haben wir eine mittelfristige Finanzplanung, die uns mit hohen Defiziten konfrontiert – das wurde auch schon mehrfach genannt. Ab 2018 können wir, wenn wir einfach so weitermachen würden, die laufenden Ausgaben schon nicht mehr decken. Wir sind jetzt damit konfrontiert, dass schon die Verwaltung sagt, wir werden jetzt in den nächsten Tagen die Spardiskussion beginnen und auch in eine heftige Spardiskussion einsteigen.

Wir sind dabei, dass wir über strukturelle Sparmaßnahmen nachdenken und diskutieren müssen, da werden wir auch konstruktiv mitreden. Wir denken aber, es macht keinen Sinn, jetzt zwei Jahre auf diesem hohen Niveau weiterzumachen, um dann plötzlich herunterzufahren. Wir meinen, man sollte einen Teil dieser Steigerung, die jetzt vorgesehen ist, mit dieser globalen Minderausgabe schon jetzt moderat senken, damit die Umstellung auf das, was uns noch bevorsteht, nicht so hart ausfällt. Dass man dabei gezielt an bestimmte Posten herangehen muss, ist für uns völlig klar. Trotzdem werden alle in irgendeiner Form betroffen sein, und deshalb macht es aus unserer Sicht Sinn, mit dieser im Haushalt eingeplanten Steigerung moderater umzugehen.

Wir haben im Gegensatz zur CDU eine etwas geringere globale Minderausgabe vorgesehen, u. a. auch deshalb, weil wir die sozialen Leistungen aussparen wollen, und auch, weil wir die freiwilligen Leistungen aussparen wollen. Wir sagen auch, die Verwaltung soll einen Vorschlag zu Umsetzung machen, sodass wir über Einzelheiten im Fachausschuss diskutieren können. Dann wird es auch nicht ganz so pauschal, wie es jetzt scheint. Uns erscheint dieses Vorgehen sinnvoll und moderat, und wir bitten um Zustimmung.

Stadtrat Marvi (SPD): Auch ich kann es ganz kurz machen.

Wir sind erfreut über die Beschlüsse, die gestern und heute gefasst wurden, einschließlich der Gewerbesteuererhöhung. Das Instrument einer globalen Minderausgabe für diesen Haushalt halten wir für verzichtbar. Wir halten es für ein sehr hartes und pauschales Instrument, das nur in absoluten Ausnahmefällen zum Einsatz kommen sollte, ein sehr unkreatives Instrument, ein Instrument, mit dem man es sich sehr leicht macht. Wir wollen es uns nicht leicht machen in den kommenden Monaten, harte strukturelle Debatten miteinander führen, und von daher ist der Haushalt, so wie er jetzt am Ende zustande kommt, solide finanziert.

Wir lehnen dieses Instrument ab.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Wenn man Druck aus dem Kessel nimmt, dann passiert nichts mehr.

Der Druck auf den Kessel, dass wir etwas erreichen, indem wir wirklich genau schauen, wo sind die falschen Ausgaben, wo sind zu wenig Einnahmen, den müssen wir erhalten. Dazu kommt – zweites Argument – das Rasenmäherprinzip. Ich kann – ich habe es

mir extra herausgesucht, wie oft die grüne Fraktion hier in diesem Haus – zu Recht! – bei Haushaltsberatungen gesagt hat, keinen Rasenmäher drüberlegen. Jetzt auf einmal gilt das nicht mehr, jetzt soll es auf einmal gemacht werden. Das geht nicht. Man muss schon in einer Linie glaubwürdig bleiben.

Und der dritte Punkt: Ich habe schon einmal eine Strukturdebatte mitgemacht, als es uns für ein paar Monate scheinbar schlecht ging. Ich sage nur: Finanzkrise, wo wir angeleitet durch die damalige Finanzbürgermeisterin das Ruder so rumgerissen haben, nicht ganz sinnvollerweise, muss man nachträglich sagen. Und da habe ich eins erlebt: Sie demotivieren eine Verwaltung, sich an einem Sparprozess zu beteiligen, unglaublich, wenn sie von vornherein in Zweifel ziehen, dass sie das gescheit macht. Eine Absenkung mit so einer Rasenmäher- oder Gießkannenmethode, je nachdem, wie man es betrachtet, muss uns der OB vorschlagen, wenn er keinen anderen Weg mehr sieht, wenn er sagt, es funktioniert nicht, jetzt müssen wir das machen. Aber jetzt das zu tun, macht aus unserer Sicht keinen Sinn. Bisher habe ich das auch von rechts bis links so gehört, die FDP hat es immer so gesehen, und ich glaube sogar, wenn ich mich richtig erinnere, auch die CDU hat das immer kritisch gesehen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich bin auch absolut kein Fan von Rasenmähermethoden, auch im Falle des Haushalts nicht. Allerdings stelle ich mir die Frage: Wenn wir in der Strukturkommission zu diskutieren anfangen, diskutieren wir zunächst nur. Das hat noch keine Auswirkungen. Bis wann greift es, wenn wir uns auf irgendwelche Maßnahmen einigen? Meine Sorge ist die, dass erst noch ein halbes oder ein Jahr vergeht, bis es überhaupt greift. Insofern ist meine Frage, ob die Strukturkommission kurzfristig das richtige Instrument ist. Wie können wir dem begegnen? Das ist eine ganz offene Frage, die ich nicht beantworten kann.

Der Vorsitzende: Die Frage kann ich beantworten. Die Strukturkommission kann strukturelle Einsparungen diskutieren, die im Wesentlichen etwas mit der Haushaltsaufstellung für 2017/18 zu tun haben. Der Haushalt, so wie er jetzt genehmigt wird, läuft dann, und dann kann die Strukturkommission nicht im Nachhinein sagen, jetzt machen wir an irgendeiner Stelle etwas niedriger.

Wir, die Verwaltung, haben in der Bewirtschaftung unterjährig immer die Möglichkeit, noch mit bestimmten Maßnahmen einzugreifen. Wir können uns auch selber vornehmen, bestimmte Prozentzahlen zu kürzen. Das sind Dinge, die können wir – und dann würden wir natürlich auch die Diskussion mit Ihnen darüber führen – wenn wir z. B. merken, die Einnahmenseite läuft gar nicht so, wie wir es im Haushalt drinstehen haben. Dann haben wir immer noch die Möglichkeit, aber die Aufgabe der Strukturkommission und des Prozesses, den wir mit Ihnen führen wollen, sehe ich nicht darin, jetzt noch kurzfristig für 2015 und 2016 die Bremse reinzukriegen, sondern wirklich ab 2017 vernünftige Dinge auf die Reihe zu kriegen, die nachhaltig sind.

Das ist im Wesentlichen die Antwort dazu.

Die Erfahrung ist – das ist vielleicht auch ganz wichtig: Wir hatten ja wieder einmal Besetzungssperren, wir hatten globale Minderausgaben und, und, und. Es ist sowieso schon immer so, dass wir am Ende auf Resten sitzen bleiben, die nicht ausgegeben

wurden, obwohl es oft die Möglichkeit gegeben hätte. Wir waren bei diesen Wiederbesetzungssperren von den Beträgen her immer deutlich über dem gelegen, was dadurch als Zieloption angedacht war. Das heißt, auch die Verwaltung kennt die Situation und ist verpflichtet – und da ist jede Führungskraft in der Verwaltung aufgefordert, dafür zu sorgen –, dass wir wirklich sehr kritisch mit Ausgaben umgehen, um damit auch die Haushaltssituation permanent zu verbessern. Das ist dann aber eine andere Motivation, als wenn ich von vornherein sage, du musst alles 3 % günstiger einkaufen, damit du am Ende das Ziel erreichst, oder womöglich noch irgendwelche Genehmigungsstunden innerhalb der Verwaltung einbaue, so nach dem Motto „Alles, was über einen bestimmten Betrag hinausgeht, muss noch einmal mit Kämmerer oder Finanzbürgermeisterin oder OB gegengeschaltet werden“. Das sind Prozesse, wie Sie so etwas sonst steuern müssten. Das erweist sich oft als Motivationskiller anstatt als erfolgreiche Strategie.

Wir haben keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir in die Antragsabarbeitung gehen. Wir haben zunächst den **Antrag der CDU**. Da geht es um minus 3,25 Mio. Euro, über die Rücknahme der Sachkostensteigerung. Das ist **nicht die Mehrheit**.

Dann haben wir den **Antrag der Grünen**, eine globale Minderausgabe – außer den sozialen und freiwilligen Leistungen – von 2,5 Mio. Euro. – Dieser Antrag hat mit 26 Stimmen **eine Mehrheit** gefunden.

(...)